

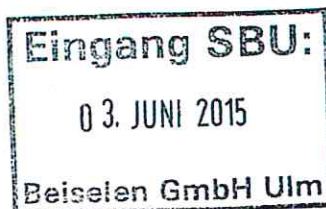
## Untere Bauaufsicht



## Große Kreisstadt Riesa

Stadtverwaltung Riesa • Rathausplatz 1 • 01589 Riesa

Beiselen GmbH  
Herrn Nitsche  
Hühndorfer Höhe 1  
01723 Wilsdruff



SÄCHSISCHE BINNENHÄFEN OBERELBE GMBH				
POSTEINGANG AM:				
12. JUNI 2015 / 1255				
GF	BW	TL	V	L
DD	Sachbearbeiter: <i>Blax. Beiselen GmbH</i>			

Frau Wronna  
Zimmer: 0.6 + *Herr Neumann*  
Dienstgebäude Fr.-Engels-Str. 13  
Tel.: 03525 / 700-292  
Fax: 03525 / 700-327  
e-mail: kerstin.wronna@stadt-riesa.de

Datum: 20.05.2015

Aktenzeichen: BA/0085/2014

### Grundstück:

Riesa, Paul-Greifzu-Str 8a  
Gemarkung: Gröba  
Flurstück.Nr.: 166/1, 166/28

**Vorhaben:** Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme und Rohrleitungstrassen

**Bauherr:** Beiselen GmbH, Herrn Nitsche, Hühndorfer Höhe 1, 01723 Wilsdruff

Für das Bauvorhaben wird nach § 72 Sächsischer Bauordnung (SächsBO) die

### Baugenehmigung Nr. BA/0085/2014

im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 63 SächsBO im Benehmen mit der Unteren Wasserbehörde des Kreisumweltamtes Meißen gemäß § 78 Abs. 3 WHG i.V.m. § 74 Abs. 1 SächsWG erteilt.

Die Gebührenfestsetzung erfolgt mit beigelegtem Gebührenbescheid.

### **Bestandteile und Anlagen dieses Bescheides:**

- Bauunterlagen mit Prüf-/Sichtvermerk vom 20.05.2015
- Einverständniserklärung vom 20.04.2015 sowie 1. Nachtrag vom 29.04.2015 zur Absicherung der Löschwasserversorgung auf dem Gelände der SBO GmbH in Riesa
- Bauschild, vorbereitete schriftliche Mitteilungen (Formulare)
- Gebührenbescheid

### **Rechtsgrundlagen**

BauGB	-	Baugesetzbuch
BauNVO	-	Baunutzungsverordnung
SächsBO	-	Sächsische Bauordnung
DVOSächsBO	-	Durchführungsverordnung zur SächsBO
WHG	-	Wasserhaushaltsgesetz
SächsWG	-	Sächsisches Wassergesetz

### Planungsrechtliche Zulässigkeit

Die Bauantragsunterlagen umfassen die Planung der Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage für die Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme auf den Grundstücken in Riesa mit den Flurstücknummern 166/1 und 166/28 der Gemarkung Gröba.

Nach Prüfung der territorialen Lage des Grundstückes wurde festgestellt, dass der betroffene Flächenbereich sich im Außenbereich befindet.

Im Anschluss dessen wurden die Antragsunterlagen unter dem Aspekt der Zulässigkeitsanforderungen gemäß § 35 Abs. 1 BauGB geprüft. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die geplanten baulichen Maßnahmen nicht diesen Zulässigkeitsanforderungen entsprechen und diesbezüglich die Prüfung nach § 35 Abs. 2 BauGB erforderlich ist.

Diese Rechtsgrundlage besagt, dass im Außenbereich sonstige Vorhaben im Einzelfall zugelassen werden können, wenn ihre Auswirkungen oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist.

Unter Berücksichtigung dieser Rechtsgrundlage wurden die vorliegenden Antragsunterlagen i.V.m. der Beeinträchtigung öffentlicher Belange gemäß § 35 Abs. 3 BauGB, hier im Besonderen nach § 35 Abs. 3 Pkt. 1. bis 5. BauGB, geprüft.

Im Ergebnis dessen ist festzustellen, dass bei Einhaltung und Durchführung gemäß der Antragsunterlagen beschriebenen Maßnahmen, eine Beeinträchtigung der öffentlichen Belange auszuschließen ist.

Des Weiteren liegt mit dem Vorhaben der Nachweis der gesicherten verkehrstechnischen Erschließung, hier durch den direkten Anschluss des Grundstückes an die öffentlich gewidmete Paul-Greifzu-Straße in Fortführung über betriebsinterne Erschließungsanlagen im Hafengelände, vor.

Der Nachweis der medientechnischen Erschließung ist mit der Durchführung des Vorhabens realisiert.

Diesbezüglich liegt die planungsrechtliche Zulässigkeit des beantragten Vorhabens gemäß § 35 Abs. 2 BauGB vor.

### Bedingungen

#### Baubeginn

- Mit der Bauausführung darf erst begonnen werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt worden sind (aufschiebende Bedingung):

**Spätestens bei Baubeginn müssen der Bauaufsichtsbehörde die jeweils erforderlichen Nachweise (jeweils einzeln für alle relevanten Bauteile bzw. bauliche Anlagen) über die Standsicherheit (rechnerischer Nachweis und Ausführungszeichnungen) einschließlich der Feuerwiderstandsdauer der tragenden Bauteile sowie über den Brandschutz vollständig vorliegen.**

Die Fachplaner für die technischen Nachweise müssen ausreichend berufshaftpflichtversichert sein.

Handelt es sich bei dem Vorhaben um ein Gebäude von nicht nur geringem Schwierigkeitsgrad, ist durch den Bauherrn die Prüfung des Standsicherheitsnachweises einschließlich der Feuerwiderstandsdauer der tragenden Bauteile selbst zu beauftragen. Die Schwierigkeit des Vorhabens bestimmt sich nach der nach § 88 SächsBO erlassenen Rechtsvorschrift. Die Prüfung muss durch einen staatlich anerkannten Sachverständigen oder sachverständige Stelle nach der



nach § 88 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SächsBO erlassener Rechtsvorschrift erfolgen. Zur Einstufung des Bauvorhabens ist das gemäß § 12 DVOSächsBO vorgeschriebene Formblatt zu verwenden.

- Mit der Anzeige der Aufnahme der Nutzung ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde die wasserrechtliche Erlaubnis zum Betrieb der Anlage vorzulegen (neben der Baugenehmigung erforderliche Genehmigung).

## Auflagen

### Abfall, Altlasten, Boden

Die Flurstücke 166/1 und 166/28 der Gemarkung Gröba sind als Altstandort „Binnenhafen Riesa“ unter der SALKA- Nr. 85200700 im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) registriert. Der Altlastenstandort befindet sich im Altlasten- Freistellungsverfahren.

1. Für die Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW Annahme, zwei Abgabepätzen und diversen Rohrleitungstrassen ist ein altlastenerfahrenes Ingenieurbüro zeitnah zu beauftragen, um die Baumaßnahme ingenieurtechnisch zu begleiten. Vor Beginn der Bauarbeiten ist das beauftragte Ingenieurbüro gegenüber der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde des Kreisumweltamtes zu benennen.
2. Nach Beendigung der Bauarbeiten ist der zuständigen unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde ein Abschlussbericht vorzulegen.  
Auf besondere Vorkommnisse ist einzugehen. Der Abschlussbericht hat alle Aussagen zu ggf. angetroffenen Bodenkontaminationen (Lage, Menge, Verbleib, Fotos vom Anfallort etc.) zu enthalten. Der Abschlussbericht ist spätestens 1 Monat nach Abschluss der Bauarbeiten in einfacher Ausführung zu übergeben.

### Begründung zu den Nebenbestimmungen

- Zu 1. Nach § 15 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes- Bodenschutzgesetz – BBodSchG) in der jeweils gültigen Fassung unterliegen Altlasten und altlastverdächtige Flächen der Überwachung durch die zuständige Behörde. Diese kann die Überwachung nach Absatz 2 von den nach § 4 Abs. 3, 5 und 6 Verpflichteten verlangen. Des Weiteren kann die zuständige Behörde auch Eigenkontrollmaßnahmen nach der Durchführung von Dekontaminations-, Sicherungs- und Beschränkungsmaßnahmen anordnen. Sie kann verlangen, dass die Eigenkontrollmaßnahmen von einem Sachverständigen nach § 18 BBodSchG durchgeführt werden.
- Zu 2. Die Begleitung der Bauarbeiten durch fachkundiges Personal soll sicherstellen, dass Bauwerkskontaminationen und Altlasten erkannt, fachtechnisch richtig ausgebaut und entsorgt werden. Die Benennung von Ansprechpartnern ist Voraussetzung um eine effektive Kommunikation zwischen Bauherren, Bauunternehmer und Genehmigungsbehörde herzustellen. Die Vorlage des Abschlussberichtes dient zum Nachweis, dass der Bau in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben erfolgt ist.



### Brandschutz

- Rohrbrücken welche über Verkehrswege im Hafengelände errichtet werden, müssen gem. „Richtlinie über Flächen der Feuerwehr“ bzw. DIN 14090 „Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken“ eine lichte Höhe von mindestens 3,50 m und eine lichte Breite von mindestens 3,00 m aufweisen.
- Zur Bekämpfung von Entstehungsbränden ist die Bahnannahmestelle und die LKW Übergabestelle nach BGR 133 „Ausrüstung von Arbeitsstätten mit Feuerlöschern“ i.V.m. ASR A2.2. „Maßnahmen gegen Brände“ mit Feuerlöschern nach DIN 14 406 bzw. DIN EN 3 „Tragbare Feuerlöscher“ in ausreichender Anzahl entsprechend des Einsatzzweckes und der Brandgefährdung auszurüsten. Die Handfeuerlöscher sind in regelmäßigen Zeitabständen (nicht länger als 2 Jahre) durch einen sachkundigen Prüfer auf ihre Einsatzbereitschaft überprüfen zu lassen. Sie sind an augenfälliger und gut zugänglicher Stelle aufzuhängen. Eine Beschilderung der Standorte der Handfeuerlöscher ist nach DIN 4066 „Hinweisschilder für die Feuerwehr“ und ASR A1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“ vorzunehmen.
- Mit Abschluss der Baumaßnahme ist der bestehende Feuerwehrplan der Beiselen GmbH (Oktober 2008) in Riesa gem. DIN 14 095 „Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen“ i.V.m. den „Arbeitshinweisen für das Erstellen eines Feuerwehrplanes nach DIN 14 095“ des Landkreises Meißen zu überarbeiten. Ein Exemplar in Schriftform ist foliiert in einem roten festen Ordner im Objekt zu hinterlegen. Ein digitalisiertes (Format Adobe Reader A – PDF) Exemplar und drei Übersichtspläne sowie ggf. drei Hinweisblätter für Besonderheiten (Bsp.: Zugang mittels Sicherungsschloß, Entriegelung von Toren, o. ä.) sind foliierte in Schriftform der Feuerwehr Riesa zu übergeben.  
**Der Feuerwehrplan ist zwingend mit der Brandschutzdienststelle der Stadt Riesa abzustimmen.**

### Hinweise

### Abfall, Altlasten, Boden

Sollten bei den Bauarbeiten schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten bekannt bzw. verursacht werden, sind diese gemäß § 10 Abs. 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) vom 31. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 261 ff.) in der derzeit gültigen Fassung unverzüglich der zuständigen Behörde (Kreisumweltamt des Landratsamtes Meißen) mitzuteilen.

Insbesondere bei Berührung oder Anschnitt von Kontaminationsherden (z. B. verdeckte Deponien, Ablagerungen unbekannter Stoffe, Mineralöllinsen, Verkippungen von Chemikalien u. a.) im Zuge von Erd- oder sonstigen Bauarbeiten sind sofort Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung und/oder Kontaminationsverschleppung ausschließen.

Bei der Durchführung von Erdarbeiten sind die Forderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502) in der derzeit gültigen Fassung sowie der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) einzuhalten.

Beim Einsatz von Bodenmaterialien im Sinne eines Baustoffes ist eine Einzelfallbetrachtung nach den Maßgaben des Bodenschutzrechts notwendig. Dabei können bis auf weiteres die Anforderungen der Technischen Regeln der LAGA (Stand: 05.11.2004) berücksichtigt werden.

Für den Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial (Wiederverfüllung von Gruben, Schächten usw.) steht mit den »Vorläufigen Hinweisen zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial« vom 11.01.2006, verlängert am 24.10.2014, eine Regelung zur Verwertung von Baustoffrecyclingmaterial zur Verfügung. Die Hinweise mit dem dazugehörigen Erlass können Sie unter »<http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/wertstoffe/13770.htm>« downloaden.

Aussagen über zukünftig notwendige Maßnahmen zur Altlastenbehandlung können von Seiten der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde nicht getroffen werden.



Auf die Duldungspflichten (besondere Pflichten) gemäß § 10 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG), vor allem im Hinblick auf die Erhaltung der vorhandenen Grundwassermessstellen – sofern betroffen – wird verwiesen.

#### Wasserecht

Grundsätzlich wird auf die allgemeine Sorgfaltspflicht nach § 5 Abs. 2 WHG verwiesen: „Jede Person, die durch Hochwasser betroffen sein kann, ist im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, geeignete Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen, insbesondere die Nutzung von Grundstücken den möglichen nachteiligen Folgen für Mensch, Umwelt oder Sachwerte durch Hochwasser anzupassen.“

In diesem Zusammenhang wird die Hochwasserschutzfibel (Stand Juli 2013) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfohlen.

<http://www.bmub.bund.de/themen/bauen/bauwesen/gesetzgebung-und-leitfaeden/leitfaeden/hochwasserschutzfibel/> (Stand 09.02.2015)

Die im Rahmen der Umsetzung/Anpassung durchzuführenden Arbeiten, sind durch einen Fachbetrieb auszuführen.

Der ausführende Fachbetrieb ist vor Baubeginn der unteren Wasserbehörde zu benennen.

Vor Inbetriebnahme sowie wiederkehrend aller 5 Jahre ist die AHL Umschlaganlage durch einen Sachverständigen zu überprüfen.

#### Baustelle

- Die Baugenehmigung wird unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme von Auflagen erteilt.
- Bauleiter-Bestellung mit beiliegendem Formular (§§ 53, 56 SächsBO)
- Für die Ausführung sind die mit Stempel „Stadtverwaltung Riesa“ versehenen Bauvorlagen maßgebend.
- Der Bauherr hat an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Vorhabens, die Namen und Anschriften des Entwurfsverfassers, des Bauleiters und der Unternehmen für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen, § 11 Abs. 3 SächsBO. Sie können hierfür das von uns vorbereitete Formular verwenden. Bitte mit Klarsichthülle schützen.
- Der Bauherr hat uns den Beginn des Bauvorhabens und die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als drei Monaten mindestens eine Woche vorher schriftlich mitzuteilen, § 72 Abs. 8 SächsBO. Hierfür bitte das beigefügte Formular verwenden.
- Der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung der baulichen Anlage(n) mindestens zwei Wochen vorher anzuzeigen, § 82 Abs. 2 SächsBO. Hierfür bitte das beigefügte Formular verwenden.

Ist im Genehmigungsverfahren der Standsicherheitsnachweis bzw. der Brandschutznachweis durch einen Prüfenieur für Standsicherheit bzw. Brandschutz geprüft worden, so ist/sind diese/r Prüfenieur/e zu einer Schlussabnahme einzuladen und der abschließende Prüfbericht ist mit der Anzeige der Aufnahme der Nutzung vorzulegen.

#### Allgemeine Hinweise

- Baugenehmigungen erlöschen, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung mit der Bauausführung nicht begonnen oder wenn sie länger als zwei Jahre unterbrochen worden ist. Diese Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu zwei Jahren verlängert werden, § 73 SächsBO.
- Die Baugenehmigung wird nach § 63 i.V.m. § 72 SächsBO im vereinfachten Verfahren erteilt. Die bauaufsichtliche Prüfung der Bauantragsunterlagen beschränkt sich demnach im Wesentlichen auf bauplanungsrechtliche und eingeschränkte bauordnungsrechtliche Belange sowie auf die Vollständigkeit der Bauvorlagen.



Die Bereitstellung der technischen Dokumentation zur Bauausführung des Vorhabens liegt ausschließlich in alleiniger Verantwortung des bauvorlageberechtigten Entwurfsverfassers und des jeweiligen Fachplaners.

- **Baustellenverordnung (BaustellV)**

Am 01.07.1998 ist die Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung) in Kraft getreten, BGBl. 1998 Teil I Nr. 35 vom 18.06.1998. Damit wird der Bauherr zu verschiedenen Maßnahmen verpflichtet. Zur Vorbereitung der Maßnahme gehört:

1. Für Baustellen, auf denen Beschäftigte mehrerer Arbeitgeber tätig werden, hat der Bauherr einen oder mehrere geeignete Koordinatoren zu bestellen.
  2. Mindestens zwei Wochen vor der Einrichtung der Baustelle ist der Landesdirektion Sachsen, Abteilung 5 -Arbeitsschutz-, 09105 Chemnitz eine Vorankündigung zu übermitteln, wenn
    - die voraussichtliche Dauer der Arbeiten mehr als 30 Arbeitstage beträgt und auf der mehr als 20 Beschäftigte gleichzeitig tätig werden oder
    - der Umfang der Arbeiten voraussichtliche 500 Personentage überschreitet.
  3. Wenn auf der Baustelle Beschäftigte mehrerer Bauunternehmer tätig werden sollen und eine Vorankündigung nötig ist oder auf der Baustelle besonders gefährliche Arbeiten durchgeführt werden, muss der Koordinator vor Einrichtung der Baustelle einen Sicherheits- und Gesundheitsplan (SiGe-Plan) erstellen.
- Wir sind verpflichtet, dem Finanzamt die Erteilung der Baugenehmigung mitzuteilen.
  - Wird ein Gebäude abgebrochen, neu errichtet, in seinen Außenmaßen wesentlich verändert oder die Nutzung eines Flurstückes geändert, hat der Eigentümer nach § 6 des Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen und das Liegenschaftskataster im Freistaat Sachsen (Sächsisches Vermessungs- und Katastergesetz – SächsVermKatG) unverzüglich, spätestens zwei Monate nach Abschluss der Maßnahme, die Aufnahme des veränderten Zustandes in das Liegenschaftskataster der zuständigen Vermessungsbehörde auf seine Kosten zu veranlassen.  
Wir sind verpflichtet, die zuständige Vermessungsbehörde (Landratsamt Meißen) von der Fertigstellung des Bauvorhabens zur Vervollständigung des Liegenschaftskatasters zu unterrichten.
  - Bei der Errichtung und dem Betrieb der baulichen Anlage sind der Bauherr, Entwurfsverfasser, Unternehmer und Bauleiter im Rahmen ihres Wirkungskreises dafür verantwortlich, dass die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die aufgrund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen eingehalten werden. Insbesondere sind in der jeweils geltenden Fassung zu beachten:
    - a) SächsBO einschließlich der hierzu erlassenen Rechtsvorschriften,
    - b) die örtlichen Bauvorschriften (Ortssatzungen),
    - c) die durch öffentliche Bekanntmachung des Innenministeriums bauaufsichtlich eingeführten Technischen Baubestimmungen (DIN Vorschriften).

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung Riesa, Rathausplatz 1, 01589 Riesa einzulegen.

  
Lindner  
Bürgermeister Bau und Ordnung





Stadtverwaltung Riesa • Rathausplatz 1 • 01589 Riesa

Stadtverwaltung Riesa  
Untere Bauaufsicht  
Rathausplatz 1  
01589 Riesa

**Sachbearbeiter:**  
Frau Wronna  
**Zimmer:** 0.6  
Dienstgebäude Fr.-Engels-Str. 13  
**Tel.:** 03525 / 700-292  
**Fax:** 03525 / 700-327  
**e-mail:** kerstin.wronna@stadt-  
riesa.de  
**Datum:** 10.04.2015  
**Aktenzeichen:** BA/0085/2014  
**Grundstück:**  
Riesa, Paul-Greifzu-Str 8a  
Gemarkung: Gröba  
Flurstück.Nr.: 166/1, 166/28

**Vorhaben:** Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme

**Bauherr:** Beiselen GmbH, Herrn Nitsche, Hühndorfer Höhe 1, 01723 Wilsdruff

Nach § 53 Abs. 1 Sächsische Bauordnung (SächsBO) hat der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde die Namen und Anschriften des Bauleiters vor Baubeginn, der Fachbauleiter vor Baubeginn der entsprechenden Arbeiten mitzuteilen; die Mitteilung ist auch von den Bauleitern zu unterschreiben. Dies gilt auch bei einem Wechsel der Bauleiter.

**Bauleiter nach § 56 Abs. 1 SächsBO:**

Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Anschrift/Telefon: \_\_\_\_\_

**Fachbauleiter nach § 56 Abs. 2 SächsBO:**

Für folgende Aufgaben: \_\_\_\_\_  
Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Anschrift/Telefon: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift Bauherr

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift Bauleiter

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift Fachbauleiter

**Urschriftlich zurück an die Stadtverwaltung Riesa**





Stadtverwaltung Riesa • Rathausplatz 1 • 01589 Riesa

Beiselen GmbH  
Herrn Nitsche  
Hühndorfer Höhe 1  
01723 Wilsdruff

**Sachbearbeiter:**  
Frau Wronna  
**Zimmer:** 0.6  
Dienstgebäude Fr.-Engels-Str. 13  
**Tel.:** 03525 / 700-292  
**Fax:** 03525 / 700-327  
**e-mail:** kerstin.wronna@stadt-  
riesa.de  
**Datum:** 10.04.2015  
**Aktenzeichen:** BA/0085/2014  
**Grundstück:**  
Riesa, Paul-Greifzu-Str 8a  
Gemarkung: Gröba  
Flurstück.Nr.: 166/1, 166/28

**Vorhaben:** Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme

**Bauherr:** Beiselen GmbH, Herrn Nitsche, Hühndorfer Höhe 1, 01723 Wilsdruff

## BAUSCHILD

Entwurfsverfasser: \_\_\_\_\_

Bauleiter: \_\_\_\_\_

Bauunternehmer (Rohbau): \_\_\_\_\_

Zimmermann: \_\_\_\_\_

Dachdecker: \_\_\_\_\_

(Es ist Sache des Bauherrn, vor Ausführungsbeginn die Namen und Anschriften zu ergänzen. Das Bauschild ist dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen, § 11 Abs. 3 SächsBO.)





Stadtverwaltung Riesa • Rathausplatz 1 • 01589 Riesa

Stadtverwaltung Riesa  
Untere Bauaufsicht  
Rathausplatz 1  
01589 Riesa

**Sachbearbeiter:**  
Frau Wronna  
**Zimmer:** 0.6  
Dienstgebäude Fr.-Engels-Str. 13  
**Tel.:** 03525 / 700-292  
**Fax:** 03525 / 700-327  
**e-mail:** kerstin.wronna@stadt-  
riesa.de  
**Datum:** 10.04.2015  
**Aktenzeichen:** BA/0085/2014  
**Grundstück:**  
Riesa, Paul-Greifzu-Str 8a  
Gemarkung: Gröba  
Flurstück.Nr.: 166/1, 166/28

**Vorhaben:** Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme

**Bauherr:** Beiselen GmbH, Herrn Nitsche, Hühndorfer Höhe 1, 01723 Wilsdruff

## BAUBEGINNMITTEILUNG

Nach § 72 Abs. 8 Sächsische Bauordnung (SächsBO) hat der Bauherr den Ausführungsbeginn genehmigungsbedürftiger Vorhaben und die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als drei Monaten mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen.

Mit der Ausführung des Bauvorhabens wird am \_\_\_\_\_ begonnen.

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift Bauherr

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift Bauleiter

**Urschriftlich zurück an die Stadtverwaltung Riesa**



Stadtverwaltung Riesa • Rathausplatz 1 • 01589 Riesa

Stadtverwaltung Riesa  
Untere Bauaufsicht  
Rathausplatz 1  
01589 Riesa

**Sachbearbeiter:**  
Frau Wronna  
**Zimmer:** 0.6  
Dienstgebäude Fr.-Engels-Str. 13  
**Tel.:** 03525 / 700-292  
**Fax:** 03525 / 700-327  
**e-mail:** kerstin.wronna@stadt-riesa.de  
**Datum:** 10.04.2015  
**Aktenzeichen:** BA/0085/2014  
**Grundstück:**  
Riesa, Paul-Greifzu-Str 8a  
Gemarkung: Gröba  
Flurstück.Nr.: 166/1, 166/28

**Vorhaben:** Erneuerung einer vorhandenen Flüssigdüngerumschlaganlage mit zwei Pumpenhäusern, Schiffs-, Bahn- und LKW-Annahme

**Bauherr:** Beiselen GmbH, Herrn Nitsche, Hühndorfer Höhe 1, 01723 Wilsdruff

## ANZEIGE DER AUFNAHME DER NUTZUNG

nach § 82 Abs. 2 Sächsische Bauordnung (SächsBO)

Die Aufnahme der Nutzung erfolgt am \_\_\_\_\_.

Die Anzeige ist mindestens zwei Wochen vor der beabsichtigten Aufnahme der Nutzung an die Bauaufsichtsbehörde zu senden.

Feuerstätten dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn der Bezirksschornsteinfegermeister die Tauglichkeit und die sichere Benutzbarkeit der Abgasanlagen bescheinigt hat.

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift des Bauherrn / Vertreters des Bauherrn

**Urschriftlich zurück an die Stadtverwaltung Riesa**